

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Dr. Max Meißner, Dresden, Postfach 1008

Druck u. Verlag: Leipzig & Meißner, Dresden-N. 1, Marienstraße 35/32, Fernruf 23231, Postfach 1008 Dresden

Vertriebsstellen: Dresden, Leipzig, Chemnitz, etc.

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Mißverständnisse beseitigt

Aussprache zwischen Hitler und Ludendorff

Bertrauensvolle Fühlungnahme mit dem Feldherrn

München, 30. März.

Zur Befestigung von Schwierigkeiten und Mißständen hat im Interesse des Volkes zwischen dem Führer und Reichkanzler Adolf Hitler und dem Feldherrn Ludendorff eine eingehende Aussprache stattgefunden, die auch das gewünschte Ergebnis erzielt hat.

Der Feldherr brachte darin zum Ausdruck, wie er die rettende Tat des Führers und Reichkanzlers, den Betrüger Schandpakt Punkt für Punkt zerissen zu haben, begrüßt hat, vor allem die Tatsache, daß Volk und Staat wieder wehrhaft und Herr am Rhein sind. Er sprach von seinem Vertrauen für die feste Geschlossenheit des Volkes, um es zu ersten Aufgaben zu befähigen. Der Führer und Reichkanzler sprach von seinen Erfahrungen und begrüßte es, daß das Dritte Reich und seine Wehrmacht nun wieder in vertrauensvoller persönlicher Fühlung...

nahme mit dem Feldherrn des Weltkrieges standen, wie es einst das alte Heer im Weltkrieg und die Kämpfer des 9. November 1923 taten.

Der deutsche Kreuzer „Emden“ hat am Dienstagmittag den Hafen von Alexandria wieder verlassen, wo er am Mittwoch voriger Woche eingetroffen war. Seit dem 10. Oktober befindet sich der Kreuzer unter dem Kommando von Kapitän zur See Lohmann auf einer mehrmonatigen Ausbildungsreise.

Italien und die Judenfrage

Wieder liegt eine italienische Pressestimme vor, die sich mit der Judenfrage auseinandersetzt. Diesmal ist es der „Tevere“. Mit einer Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, wendet er sich gegen gewisse intellektuelle Kreise in Italien, die er als „krankhaft maßvoll“ bezeichnet, und die sich scheuen, in der Judenfrage einen klaren Standpunkt einzunehmen. Für Italien sei, so heißt der „Tevere“, eine positive Rassenpolitik notwendig, die auf jede Schwäche verzichte. Er spricht weiter von der Angst, die in internationalen jüdischen Kreisen davor herrsche, auch in Rom könne man sich endlich zu einer Politik der Rassenreinigung bekennen. Diese Befürchtungen sind allerdings vorhanden und legen sich wie ein Alpdruck auf mannigfaltige Empfindungen. Wenn das internationale Judentum irgendwo früher den Faschismus mit dem Nationalsozialismus verglich, so erschien ihm der erste stets als das kleinere Übel, denn der Faschismus ging nicht von der Judenfrage aus, während der Nationalsozialismus die Erkenntnis des Wertmissetes des Blutes zur Grundlage seiner Revolution machte. Daher wurde auch Mussolini's Marsch auf Rom von der Welt viel ruhiger aufgenommen, als später die Übernahme der Macht in Deutschland durch den Nationalsozialismus. Tatsächlich gab es in Italien bis 1933 keine Judenfrage oder sie wurde wenigstens nicht öffentlich erörtert. Noch als im vergangenen Jahre Italien seine Rassenfrage erörterte, die sich ja aus Anlaß der Einverleibung Äthiopiens dem Wortlaut nach nur auf die unerwünschte Vermischung italienischen Blutes mit dem der Eingeborenen bezog, glaubte man im Ausland vielfach, man könne die deutsche und die italienische Rassenpolitik nicht in die gleiche Ebene stellen, weil die erste sich gegen die „zum Teil jahrhundertlang in Deutschland ansässigen assimilierten Juden“ wende und die faschistische für „unkultivierte Neger“ bestimmt sei. Man wünschte im Ausland, daß es so sei, und besand sich der Form nach völlig auf dem Boden der Tatsachen. Wer aber genauer hinsah, mußte erkennen, daß auf der Apenninhalbinsel schon seit langer Zeit Strömungen im Wachen waren, die darüber hinausgingen. So schrieb eine einflussreiche Zeitschrift, dessen Mitarbeiter vorwiegend Senatoren und Abgeordnete sind, die „Regime Corporativo“, im September 1936 u. a.: „Der Antisemitismus ist eine harte Kraft, die in allen Abschnitten der westlichen Kultur wirksam war. Auch vom Standpunkt des Faschismus müssen wir begreifen, daß der antisemitische Bewegung eine Lebensberechtigung innewohnt. Der Kampf des jüdischen Weltes gegen den arischen Welt ist die Ursache des Antisemitismus. Der Vernichtungswille ging immer besonders vom Judentum aus.“ Immer stärker haben in den letzten Monaten nun die italienischen Tageszeitungen die Judenfrage in das Volk getragen. Sie gehörten zu den wenigen Pressegruppen des Auslandes, für die der Weidewörter im Gustloffprozeß nicht irgendein gleichgültiger „Student Frankfurter“ war, sondern die ihn geblüht als jüdischen Verbrecher kennzeichneten. Der Judenfrage widmeten allmählich große und bedeutende Zeitungen, wie das dem italienischen Außenministerium nachstehende „Giornale d'Italia“ und selbst Mussolini's „Popolo d'Italia“, einen bemerkenswerten Raum.

Der Faschismus war zu seinem Beginn nicht jüdenfeindlich eingestellt. In ganz Italien gab es ja nur 96 000 Juden, also eine verhältnismäßig weit geringere Zahl als in Deutschland. Infolgedessen lagen die Reibungsflächen nicht so zahlreich und offen zutage, und der Rassengedanke konnte im Denken und Handeln nicht von vornherein in dem Umfange bewußte Triebfeder sein, wie er es in Deutschland notwendig sein mußte. Desto aufschrecklicher ist es, wie selbst, nicht beabsichtigt vom Faschismus, sondern hervorgerufen vom Judentum, von jüdischer Art und jüdischem Wesen selber, rassistisches Denken in Italien den Vormarsch antrat. Aus der Frontstellung gegen Liberalismus und Demokratie ist der Faschismus erwachsen und als Gegenrevolution gegen den Sozialismus zur Macht gelangt. Er setzte als erster europäischer Staat dem Materialismus und Individualismus die Einordnung des einzelnen in die Gemeinschaft entgegen; der Traditionsforgelt die Wiedervertworfung in die Ueberlieferung der Geschichte des eigenen Volkes; dem Gedanken der Gleichheit, der Rassenwörter und des Klassenkampfes den einer national gebundenen, sozialistischen Rassenpolitik. Daß seine Frontstellung eine Kampfsache gegen jüdischen Welt bedeutete, war ihm zunächst unermahnt. Erst die Ereignisse selber zeitigten das Schwergewicht des Rassen. Nicht durch weltanschauliche Erwägungen wurde Italien auf die vom internationalen Judentum drohende Gefahr aufmerksam gemacht, sondern durch dessen allmähliche etw...

Gandhi über die Verfassungskrise in Indien

Bisher nur zwei Provinzregierungen gebildet - Vollmacht für die Gouverneure?

London, 30. März.

Gandhi erklärte einem Vertreter des „Daily Herald“ zur neuen indischen Verfassungskrise, die britische Regierung habe die Autonomie ein Ende bereitet. In Indien werde nun nicht mehr eine Regierung der Mehrheit der Bevölkerung amtiert, sondern eine Regierung des Schwertes. Gandhi demängelte es, daß die britische Regierung die Forderung der Kongreßpartei, die Gouverneure sollen von ihren Sonderrechten keinen Gebrauch machen, nicht angenommen habe. So schmele es ihm doch, als habe die britische Regierung wieder einmal offen eine Justifizierung gebrochen, die sie feierlich gegeben habe. Abschließend äußerte sich Gandhi gegenüber einem Vertreter des „Daily Express“.

Bisher sind lediglich in Bengalen und Sind Provinzregierungen zustande gekommen. In Bengalen wird die Regierung von einer Koalition, bestehend aus der Bauernpartei, den Moslems und einigen unabhängigen Gruppen unterführt. Sollte es nicht gelingen, innerhalb der nächsten Tage auch in den anderen Provinzen Regierungen zustande zu bringen, so würde, wie man in London allgemein annimmt, den Gouverneuren die Vollmacht gegeben werden, alle notwendigen gesetz- und verwaltungsmäßigen Arbeiten durchzuführen, wobei der Gouverneur dann lediglich von der Zustimmung des Generalgouverneurs abhängig wäre. Derartige Vollmachten würden normalerweise sechs Monate laufen, könnten aber durch das britische Parlament auf ein Jahr, notfalls sogar auf drei Jahre verlängert werden.

Die Entwicklung in Indien wird in London mit großem Interesse verfolgt. „Evening News“ hebt hervor, daß Gandhi der indischen Verfassung ein Ende machen wolle, und daß es sich bei dem jetzt in den Provinzen gebildeten Kabinetten um Vorkühler handle. Gandhis heutige Erklärung mache es eindeutig klar, daß der Kongreß keine Ämter übernehmen

werde. Die Wähler in Indien stimmten für die Kongreßleute, weil sie mit ihrem Schicksal unzufrieden seien, und weil sie die Kongreßleute als ihre Führer und die Engländer als ihre Unterdrücker ansehen. Sie wollten weniger hart arbeiten und etwas mehr zu essen haben. Die Zukunft Indiens hänge davon ab, ob es gelinge, diese vernünftigen Wünsche zu erfüllen.

„Belliger Krieg“ gegen die Engländer

London, 30. März.

Die aus Delhi berichtet wird, ist es an der indischen Nordwestgrenze südwestlich von Dambil zu einem neuen Zusammenstoß zwischen britischen Truppen und aufständischen Stämmen gekommen, bei denen zwei britische und zwei indische Offiziere sowie 19 indische Soldaten getötet und ein britischer Unteroffizier und 28 Jnder verwundet wurden.

Einheiten der ersten Brigade aus Abbottabad, die einen Transport führten, der auf der Straße von Miral nach Nagmat vorging, wurden von Eingeborenen überfallen, denen es gelang, den britisch-indischen Truppen beträchtliche Verluste beizubringen. Es sollen insgesamt 300 bis 500 Eingeborene an dem Angriff, der schließlich zurückgeschlagen werden konnte, beteiligt gewesen sein.

An der indischen Nordwestgrenze herrschen bekanntlich seit längerer Zeit Unruhen, die auf den Einfluß des Faktors von Jai zurückzuführen sind, der die Stämme zu einem heiligen Krieg gegen die Engländer aufzuwachen veranlaßt. Seit November vorigen Jahres sind in Westindien mit den Eingeborenen insgesamt 80 Angehörige der britisch-indischen Streitkräfte getötet und 130 Mann verwundet worden.

Auch Rumänien für ein Abkommen mit Rom

Der Belgrader Vertrag erweist seine Anziehungskraft

Bukarest, 30. März.

König Carol empfing am Dienstag den Ministerpräsidenten und den Außenminister in gemeinsamer Audienz. Die rumänische Öffentlichkeit ist geneigt, aus dieser Audienz auf die Bedeutung zu schließen, die man in politischen Kreisen der bevorstehenden Konferenz der Kleinen Entente beizumessen. Wenn es handelt sich bei der Unterredung mit dem König ausschließlich um die Festlegung des Standpunktes, den Rumänien bei der Belgrader Tagung einnehmen soll.

Die rumänische Presse befaßt sich auch weiterhin mit den Auswirkungen des italienisch-jugoslawischen Abkommens auf die Kleine Entente. Der „Unuzor“ veröffentlichte einen Artikel, in dem an die Schwierigkeiten erinnert wird, die einer Einigung zwischen Jugoslawien und Italien im Wege standen und die dennoch durch den politischen Weltbild und den Tatsachenrum Mussolini's überdrückt werden konnten. Aus dem Artikel scheint das Bedauern hervorzugehen, daß nicht auch Rumänien, das seine Beziehungen zu Jugoslawien mit Italien hat, den gleichen Weg der Einigung beschreiten konnte.

Gleichzeitig wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Mussolini selbst die Möglichkeiten zu einem Abkommen auch mit Rumänien und vielleicht mit der gesamten Kleinen Entente finden wird; wie es der „Unuzor“ überhaupt für zweckmäßiger gehalten hätte, wenn von Anfang an ein Abkommen zwischen der gesamten Kleinen Entente und Italien angekrebt worden wäre.

Den gleichen Standpunkt vertritt auch Professor Jorga in seinem Blatt „Reamul Romanesc“, in dem er sich ironisch mit dem vor einiger Zeit geäußerten Ausdruck „Bürger der Kleinen Entente“ auseinandersetzt.

Rom und die geplante Italienreise Schuschnigg

Rom, 30. März.

In den auch in italienischen Zeitungen veröffentlichten ausländischen Meldungen, daß der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg am nächsten Sonntag in Rom eine Besprechung mit Mussolini haben werde, ist am Dienstag von jugoslawischer Seite erklärt worden, es sei in Rom noch nicht zweifellos über eine solche Reise bekannt.

Table with financial data, including columns for 'Kurs', 'Börse', and 'Währungen'. It lists various exchange rates and market indicators.